

deseinrichtungen geschaffen sowie das ehrenamtliche Engagement aktiviert bzw. koordiniert werden.“

Das heißt ganz klar: Da bleibt dann fast nichts mehr übrig.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: So ist das besprochen worden!)

– So steht es nicht in dem gemeinsamen Antragsvorschlag, Frau Kraft. Das kann jeder nachlesen. Wie gesagt, aus den Gründen empfehle ich uns, den Antrag abzulehnen. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nun nicht mehr vor. Deshalb schließe ich die Aussprache.

Ich rufe die Abstimmung auf. Wir stimmen erstens ab über den Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/7145. Die antragstellenden Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt dieses Antrags Drucksache 16/7145. Wer möchte dem seine Zustimmung geben? Den darf ich um sein Handzeichen bitten. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – Das ist die Piratenfraktion. Wer enthält sich der Stimme? – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Damit ist der **Antrag Drucksache 16/7145 angenommen**.

Ich lasse zweitens abstimmen über den Entschließungsantrag der CDU-Fraktion Drucksache 16/7235. Wer möchte diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung geben? Den darf ich um das Handzeichen bitten. – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt gegen diesen Entschließungsantrag? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich der Stimme? – Die Piratenfraktion enthält sich der Stimme. Damit ist dieser **Entschließungsantrag Drucksache 16/7235 abgelehnt**.

Ich lasse drittens abstimmen über die **Überweisung des Antrags** der Piratenfraktion **Drucksache 16/7152 – Neudruck**. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags an den **Integrationsausschuss** – federführend – sowie an den **Innenausschuss**. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist damit einverstanden? – Ist jemand dagegen – oder enthält sich der Stimme? – Das ist jeweils nicht der Fall. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich lasse viertens abstimmen über die **Überweisung des Antrags** der FDP-Fraktion **Drucksache 16/7165**. Der Ältestenrat empfiehlt auch hier die Überweisung des Antrags an den **Integrationsaus-**

schuss – federführend –, an den **Innenausschuss** sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer möchte dieser Überweisungsempfehlung folgen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich schließe die Beratung zu Tagesordnungspunkt 3 und rufe auf den Tagesordnungspunkt

4 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Nachtragshaushaltsgesetz 2014)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6700

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/7180

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Hahnen das Wort. Bitte, Herr Kollege.

Uli Hahnen (SPD): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sie wissen, dass der Nachtragshaushalt 2014 dem veränderten Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz für die Beamtinnen und Beamten des Landes Nordrhein-Westfalen geschuldet ist, aber auch den geringeren Steuereinnahmen, die wir leider zu beklagen haben – insbesondere in den Regionen, in denen die Energiewirtschaft stark vertreten ist. In den übrigen Regionen des Landes scheint es Gott sei Dank sehr zufriedenstellend zu sein.

Nun wird gleich nach mir wahrscheinlich jeder Redner der Opposition bemängeln, dass die Steuerschätzungen sowieso viel zu hoch waren und deshalb gar nicht erreicht werden konnten. Ich verweise darauf, dass das dann ein Running Gag über viele Jahre gewesen wäre. Die bisherigen Steuerschätzungen des Finanzministers waren auch sehr zutreffend. Insofern werden wir sicherlich nicht unsere Zustimmung dazu geben – Herr Dr. Optendrenk, Sie haben das eben in einer Zwischenfrage an Herrn Dr. Stamp schon einmal eingeworfen –, die dritte Lesung zu verschieben, um jetzt weitere Punkte einzubeziehen.

Wir haben eine Nettokreditaufnahme von 3,2 Milliarden €. Das sind immerhin noch 150 Millionen € weniger, als für das Jahr 2013 geplant waren. Wir sind weiterhin auf dem Kurs der Haushaltskonsolidierung. Ich will überhaupt nicht bestreiten, dass wir zu diesem Zeitpunkt natürlich schon etwas weiter

sein wollten. Wir haben aber den Weg ganz klar im Auge. Im Hinblick auf die Zeitspanne zwischen 2010 und 2020 haben wir immerhin schon zwei Drittel des Weges zurückgelegt. Eine solche Erfolgsbilanz konnte die Vorgängerregierung bei Weitem nicht vorlegen.

Lassen Sie uns noch einmal auf die Zahlen zurückgehen, die die Vorgängerregierung prognostiziert hatte. Sie hatten für das Jahr 2013 in der mittelfristigen Finanzplanung 6,5 Milliarden € neue Schulden prognostiziert. Wir haben jetzt im aktuellen Nachtrag weniger als die Hälfte. Damals hatte die schwarze Landesregierung sehr wohl auch schon die positiven Aspekte der Zukunft nach der Wirtschaftskrise mit einkalkuliert, meine Damen und Herren.

Ich stelle fest: Der jetzige Finanzminister und die Fraktionen von SPD und Grünen haben ganz offensichtlich den Landeshaushalt und die Sicherheit der Finanzen etwas stärker im Griff, als das unter Schwarz-Gelb der Fall war.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lutz Lienenkämper [CDU]: Das ist doch ohne Ende realitätsfern! Man kann zwar viel zur Finanzpolitik der Landesregierung sagen, aber das nicht!)

Wieder einmal beweist sich, dass die Reden, Schwarz-Gelb könne gut mit dem Geld umgehen, zwar vielleicht abgedruckt gehören, allerdings höchstens in irgendeinem Märchenbuch, dass sie aber nicht der Wahrheit entsprechen.

Ich weise darauf hin, dass der Finanzminister – nachzulesen in seiner Einbringungsrede zur ersten Lesung – schon deutlich gemacht hat, dass Nordrhein-Westfalen pro Einwohner 318 € weniger ausgibt als die westdeutschen Länder und gar 883 € weniger als unter Einbeziehung der ostdeutschen Länder und dass wir mit 3.375 € die niedrigsten Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung haben. Vielleicht sollten Sie dies noch einmal nachverfolgen und dann bei Ihren nächsten Wortmeldungen – nicht nur zum Nachtragshaushalt, sondern auch zum Haushalt 2015 – ein klein wenig vorsichtiger sein.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Schuldenbremse ist Verfassungsgebot. Deshalb will ich hier gar nicht über die Sinnhaftigkeit einer Schuldenbremse philosophieren; denn an die Verfassung werden wir uns halten.

(Ralf Witzel [FDP]: Das stimmt aber auch nicht!)

Ich möchte allerdings Folgendes deutlich machen: Eine schwarze Null hört sich sicherlich sehr gut an. Mit Nullen alleine ist aber weder soziale Gerechtigkeit zu bewahren noch die Zukunft vernünftig zu gestalten.

An die Adresse des Bundesministers der Finanzen gerichtet, füge ich hinzu: Wenn diese schwarze Null nur zulasten der Kommunen, zulasten der Sozialversicherungen und unter Plünderung der Bundesbank erreicht wird, ist das auch nicht unbedingt der richtige Weg.

(Beifall von Stefan Zimkeit [SPD])

Wir haben den richtigen Weg aufgezeigt. Wir werden diesen richtigen Weg weitergehen. Einsparen, investieren in Kinder und investieren in Bildung – das ist der Dreiklang. Deshalb kann auch die Opposition dem Nachtragshaushalt eigentlich nur zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Hahnen. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Dr. Optendrenk das Wort.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich den einsam auf seinem Platz sitzenden Herrn Kollegen Hahnen anschaut und seinen Redebeitrag noch einmal Revue passieren lässt, hat man schon das Gefühl, dass die Internationale mit ihrem Satz „Auf zum letzten Gefecht!“ doch eine ganz neue Bedeutung gewonnen hat.

(Beifall von der CDU und der FDP – Lachen von Uli Hahnen [SPD])

Wir haben von Ihnen eben wieder Ihre Worthülsen der letzten vier Jahre gehört. Sie nehmen fortgesetzt nicht zur Kenntnis, was die Wirklichkeit ist. Sie verwenden permanent irgendwelche Zahlen, die Ihnen in den Kram passen, die aber mit der Wirklichkeit nur mit Mühe in Einklang zu bringen sind.

Weil die bei der mittelfristigen Finanzplanung zum Haushalt 2010 zugrunde gelegten Einnahmen in diesem Jahr allein in Nordrhein-Westfalen um 7 Milliarden € übertroffen werden, können Sie nicht ernsthaft sagen: Die haben damals mit den gleichen Annahmen kalkuliert wie wir. Daher ist es ein toller Erfolg des Ministers, wenn er nur 3,2 Milliarden € Nettoneuverschuldung hat. Die hätten ja 6,5 Milliarden € gehabt. – Die Grundrechenarten sind relativ einfach, glaube ich: 6,5 minus 7 sind bei Ihnen wahrscheinlich 3,2.

(Heiterkeit von Lutz Lienenkämper [CDU])

An diesen Stellen können Sie genau sehen, dass das das Ablenkungsmanöver für den Minister ist, der dann immer eine andere Parole ausgibt. Normalerweise heißt die nämlich: Die anderen sind schuld. Die anderen sind nicht solidarisch genug. Wir können nichts dafür. Wir haben immer Solidarität geleistet. Und jetzt sind wir eben mal dabei, weil das anders ist. Dann müssen wir alle gemeinsam daran

arbeiten, dass mehr umverteilt wird – zwischen den Ländern, vom Bund zu den Ländern usw.

Das Problem ist aber ein anderes. Herr Minister, bei aller Solidarität, die wir hier im Plenarsaal bei der Verfolgung originärer Landesinteressen weiterhin leisten werden, und obwohl wir beim Thema „Regionalisierungsmittel“ berechtigterweise mehr Geld aus dem Gesamtopf haben wollen, weil es zur Fairness gegenüber den Menschen in Nordrhein-Westfalen gehört, dass wir dabei angemessen berücksichtigt werden, müssen wir uns im Einzelfall anschauen, ob das richtig ist, was Sie uns hier immer noch dazu erzählen.

Das Strukturproblem dieses Landes besteht unter anderem darin, dass wir in den letzten 30 Jahren kein Jahr gehabt haben, in dem mit dem Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen mehr für Investitionen als für Zinsen ausgegeben wurde – außer in den Jahren der Niedrigstzinsphase der letzten fünf Jahre; dafür können Sie aber nichts. Ansonsten haben wir immer den gleichen Sachverhalt gehabt.

Wir haben – wir haben das einmal aufgearbeitet – seit 1973 einen Gesamtschuldenstand, der jetzt knapp 140 Milliarden € beträgt, und wir haben als Land Nordrhein-Westfalen 131 Milliarden € Zinsen ohne Tilgung zur Bank gebracht. Das heißt, das Land hat aus all den Schulden, die für die Zukunftsinvestitionen aufgenommen werden sollten, netto 9 Milliarden gehabt, um in Zukunft zu investieren.

Wer soll Ihnen oder wahlweise Herrn Hahnen denn glauben, dass, wenn Sie weitere Schulden machen würden, Sie in die Zukunftsfähigkeit oder in die soziale Gerechtigkeit dieses Landes investieren würden? Sie würden weiter in Konsum und in das Sedieren von bestimmten Wählerklientelen investieren, wie es Johannes Rau schon in den 80er-Jahren gemacht hat.

(Zustimmung von Bernd Krückel [CDU])

Wir haben noch ein ganz anderes Problem. Herr Hahnen, das Problem der Steuereinnahmen ist in der Tat ein Problem. Wenn man sich die Einnahmen so hoch kalkuliert, dass man sie gar nicht erreichen kann, dann ist man weder vorsichtig noch seriös. Wenn man das anschließend korrigieren und die Nettoneuverschuldung anheben muss, hat das auch nichts mit Seriosität zu tun, sondern dann ist man einfach durch die Wirklichkeit eingeholt oder überholt worden. Das ist weder seriös noch ein großer Erfolg des Finanzministers.

Es ist an der Stelle relativ klar zu analysieren: Entgegen dem, was Herr Hahnen eben vorgetragen hat, ist der Hauptgrund des Nachtragshaushaltes nicht das Besoldungsgesetz, das nachher noch zur Debatte steht, sondern es war ein mutwilliger Verfassungsbruch, den Sie hier gemacht haben, und es war mutwillig, keine Rücklagen in den Haushalt einzustellen, um die absehbare Niederlage beim Ver-

fassungsgericht schon im Personalhaushalt dieses Landes in 2014 abzubilden.

(Beifall von der CDU)

Wer mutwillig etwas falsch macht, muss auch den Mut haben zu sagen: Das war Mist, das war Murks; ich mache es jetzt besser. – Stattdessen betätigen Sie sich hier alle kollektiv als Schönredner. Das hilft in Nordrhein-Westfalen weder den Bürgerinnen und Bürgern, noch hilft es der Wirtschaftsstruktur, noch hilft es der Innovationsfähigkeit.

Und dass Sie jetzt so vereinzelt im Plenarsaal sitzen, mag ich nicht als Symbol für die Unterstützung aus Ihrer Fraktion ansehen. Sie haben in der Fraktion nämlich die Ernsthaftigkeit dieses Themas und der Sorgen um dieses Landes offensichtlich nicht erkannt. Sonst würden mehr Leute als Frau Gebhard Sie jetzt unterstützen. Dann könnten wir gemeinsam darüber reden, wie es besser werden muss. Es ist eigentlich beschämend, dass Sie an diesem Plenartag beim Nachtragshaushalt mit so wenigen Personen sitzen und sagen: Es ist halt so; das kostet eben 800 Millionen € mehr.

Das geht nicht. Es tut mir leid. Wir werden dem Haushalt natürlich nicht zustimmen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Uli Hahnen [SPD]: Och!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Optendrenk. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe jetzt aufmerksam dem Kollegen Dr. Optendrenk zugehört. Ich habe nicht ein einziges Argument gehört.

Sie haben nur gesagt: Der Finanzminister hat sich verrechnet, und deswegen können wir dem Haushalt nicht zustimmen. – Ansonsten haben Sie vorge tragen, dass man, wenn man mehr Schulden hat, mehr Schulden hat. Das ist nichts anderes als die eine Binsenweisheit an die andere Binsenweisheit geknüpft.

Ich will Ihnen einmal Folgendes sagen: Wir haben hier nicht fünf Jahre lang Worthülsen vorgetragen. Vielmehr haben wir wirklich ein anderes Konzept als Sie. Wir sind der Auffassung, dass wir in Bildung und Ausbildung investieren müssen. Wir sind tatsächlich der Auffassung, dass es besser ist, die Gebühren für Studierende abzuschaffen, als Wachstumsbeschleunigungsgesetze auf den Tisch zu legen, mit denen Hoteliers entlastet werden. Das unterscheidet uns konzeptionell.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Christof Rasche [FDP]: Peinlich, peinlich!)

Wir sind tatsächlich der Auffassung, dass das, was in diesem Landeshaushalt an Investitionen steht, richtig ist. Das ist nicht zufällig passiert. Wir unterstützen diesen Landeshaushalt. Wir sind auch der Auffassung, dass es nicht richtig ist, bei Lehrerinnen und Lehrern Stellen zu kürzen.

Wir sind auch nicht der Auffassung, dass es richtig ist, liebe Kolleginnen und Kollegen – wie das in Ihrer Fraktion in der Fachpolitik immer geschieht –, einerseits einen Schulkonsens auszuhandeln, der einen Aufwuchs von Stellen erfordert, der Zwergschulen absichert und verschiedene andere Punkte, oder einen Flüchtlingsgipfel durchzuführen, dort diesen Maßnahmen zuzustimmen, sich dann aber hier hinzustellen – mir ist eben fast schlecht geworden – und zu sagen: Wir tragen das nicht mit, weil es uns wichtiger ist, den Innenminister Jäger zu beschädigen, als den Flüchtlingen zu helfen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD –
Widerspruch von der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist auch nicht richtig, auf der einen Seite den Kommunalsoli, wie die CDU und FDP es machen, zu bekämpfen, also für eine weitere Entlastung der Kommunen einzutreten in einer Größenordnung von 90 Millionen €, um dann die Schulden zu beklagen, die auf der anderen Seite entstehen, wenn man das tun würde. Sie sind komplett unglaubwürdig, was die Haushaltspolitik anbetrifft.

Sie haben sich nicht die Mühe gemacht, sich mit diesem Nachtragshaushalt intensiver auseinanderzusetzen. Und wir werden noch sehr viel Gelegenheit haben, über Haushaltspolitik zu sprechen: bei der zweiten Lesung zum Haushalt 2015, bei der dritten Lesung zum Haushalt 2015 und morgen bei der weiteren Lesung zum Nachtragshaushalt 2014, was mich, ehrlich gesagt, überrascht. Noch mehr, liebe Kolleginnen und Kollegen, überrascht es mich nach dem Wortbeitrag von Dr. Optendrenk, dass Sie noch einmal fünf Minuten brauchen werden, um nichts vorzutragen. Das hätten wir möglicherweise in einem Durchgang machen können.

Ich schreibe es Ihnen sehr klar ins Stammbuch: Wir werden gleich noch einmal eine Debatte zu den Erlösen in Höhe von 100 Millionen € aus dem Verkauf der Warhol-Bilder haben. Wer es einerseits – da ist der Fraktionsvorsitzende der CDU wieder mit am Ball – richtig findet, dass man in Aachen in ein Casino investiert, nicht um da Glücksspiel zu fördern, sondern um ganz im Gegenteil seinem Auftrag aus dem Staatsvertrag nachzukommen, und andererseits die Investitionsmittel dafür wieder ablehnt, der ist nicht glaubwürdig, sondern der ist eierig und hat mit einer soliden Haushaltspolitik nichts zu tun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Nachtragshaushalt ist einerseits aufgrund verschlechterter

Steuereinnahmen notwendig geworden. Das finden wir in der Tat alles andere als erfreulich. Auch der Basiseffekt, der sich 2015 fortsetzt, erfordert zusätzliche Arbeit, um da voranzukommen. Der Nachtragshaushalt ist andererseits aufgrund der Umsetzung des Besoldungsgesetzes erforderlich geworden. Da wir gleich über das Thema „Besoldungsgesetz“ noch inhaltlich reden werden, erspare ich mir an dieser Stelle Ausführungen dazu.

Unsere Fraktion wird diesem Nachtragshaushalt zustimmen. Er ist notwendig und richtig, und er setzt die Politik fort, die beim Stammhaushalt angesetzt worden ist. Deswegen bitte ich um Zustimmung.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dies ist einmal mehr ein Nachtragshaushalt, der bei dieser Landesregierung notwendig wird, da sich die ursprünglichen Annahmen zur Absenkung der Neuverschuldung leider nicht bewahrheiten. Schöner wären Nachtragshaushalte, die mal aufgrund einer besseren Haushaltslage notwendig würden, als sie ursprünglich angenommen wurde.

Der bereits gigantische Schuldenberg des Landes steigt hiermit noch stärker an, als bislang vom Finanzminister kommuniziert. Eine wesentliche Ursache liegt in der Notwendigkeit für die Landesregierung, ihr verfassungswidriges Besoldungsgesetz zu korrigieren.

Die Landesregierung ist der kapitalen Fehleinschätzung unterlegen, man könne zum Zwecke der Einhaltung des Verfassungsgebots der Schuldenbremse das Gebot der amtsangemessenen Alimentation verletzen. Das hat sich als Trugschluss erwiesen. Der Finanzminister muss im Rahmen seiner Haushaltsplanung nämlich beides sicherstellen.

Die Beamtenbezüge sind aber nicht der einzige Grund des Mangelzustands. Nach jahrelangen Rekordsteuereinnahmen gibt es Einbrüche; der Finanzminister hat diesen Automatismus zu optimistisch eingeschätzt.

Mit dem Nachtrag hat die Landesregierung erneut die Chance vertan, mit mutigen Sparbeschlüssen eine Trendwende in der Haushaltspolitik einzuleiten. Stattdessen erhöht sie einmal mehr schematisch die Kreditaufnahme zulasten der jungen Generation.

(Vorsitz: Präsidentin Carina Gödecke)

Die rot-grüne Haushaltsplanung ist nur auf Sand und Schuldenbergen aufgebaut. Die direkt doppelt beabsichtigte Erhöhung der Neuverschuldung für

2014 und 2015 ist eine finanzpolitische Bankrotterklärung.

Wenn sich die Steuereinnahmen nicht mehr so rekordverdächtig entwickeln, wie wir das seit Jahren zu verzeichnen haben, ist die Verfassungskonformität des Haushalts spätestens im Zusammenhang mit der Schuldenbremse 2020 erneut in akuter Gefahr. Durch die spekulative Finanzpolitik setzt Rot-Grün die zukünftige Handlungsfähigkeit Nordrhein-Westfalens aufs Spiel.

Das erneute Schuldenwachstum zeigt deutlich: Nordrhein-Westfalen braucht eine wirksame Schuldenbremse, und zwar eine mit Sanktionen, eine mit Zähnen, eine, die auch tatsächlich greift. Wer heute bei der Beamtenbesoldung nicht davor zurückschreckt – darüber haben wir hier viele Monate miteinander diskutiert und gerungen –, sehenden Auges die Landesverfassung zu brechen, nachdem er von nahezu allen Experten anders beraten worden ist, dem trauen wir natürlich auch zu, dass er später den Bruch des Grundgesetzes beim Inkrafttreten des Neuverschuldungsverbotes ab 2020 nicht fürchtet.

Deshalb muss es bei einem Verstoß gegen die Schuldenbremse klare Strafen geben, damit nachhaltige Finanzpolitik nicht länger eine Leerformel bleibt.

(Beifall von der FDP)

Wir behalten ferner recht mit unserer Warnung, in der Haushaltsplanung stets einen Reservepuffer einzufügen. Wie schon Analysen der Bundesbank gezeigt haben, darf die mittelfristige Finanzplanung nicht nur Normalszenarien berücksichtigen, wenn es auch Indikatoren für konjunkturelle Eintrübungen gibt.

Mit diesem Nachtrag ist die mittelfristige Finanzplanung, die dem laufenden Haushaltsverfahren für das Jahr 2015 zugrunde liegt, an mehreren Stellen längst überholt. Die Neuverschuldung wäre noch stärker erhöht worden, wenn mit einer Haushaltssperre nicht zumindest Einschnitte von rund 100 Millionen € erzielt worden wären.

Die pauschale Haushaltssperre hat an vielen Stellen die Planungssicherheit für Empfänger reduziert und naturgemäß viele ungewollte Sperrwirkungen mit sich gebracht. Das ist so bei pauschalen Instrumenten.

Genau das ist das Problem dieser Haushaltssperre und der unsoliden Finanzpolitik dieser Landesregierung. Was wir stattdessen brauchen, sind durchdachte, bewusst vorgenommene strukturelle Reformen, die eine dauerhafte Entlastung für den Haushalt bringen, und die nicht nur einen temporär angelegten Aktionismus bedeuten.

Bereits über vier Jahre hat es die Landesregierung in ihrer Amtszeit sträflich versäumt, wirksame Konsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen, und sich lie-

ber über rein zufällige, singulär positive Effekte gefreut. Diese Unterlassung wird sich in Kürze rächen. Das Neuverschuldungsverbot des Jahres 2020 ist seit 2009 bekannt und kommt daher für Sie auch alles andere als überraschend.

Leider geht der Finanzminister auch nach diesem Nachtragshaushalt mit seiner neuen mittelfristigen Finanzplanung noch davon aus, das Zieldatum 2020 nicht schuldenfrei erreichen zu können, wenn nicht weitere Maßnahmen ergriffen werden. Das zeigen all Ihre Berichte und Analysen. Sie sollten dann dem Parlament aber bitte auch sagen, an welche Maßnahmen Sie denken und wie Sie sich den Pfad vorstellen.

Das sind wichtige Zukunftsherausforderungen, die Sie gerne auf die Zeit nach 2017 verlagern. Uns fehlt aber ein Millionenbetrag in einer mindestens großen dreistelligen Größenordnung. Deshalb sind Sie dem Land diese Antwort über den weiteren Konsolidierungspfad schuldig. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die Piraten spricht Herr Kollege Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Saal und zu Hause! Herrn Mostofizadeh gefällt die dritte Lesung nicht, die morgen stattfindet. Sie steht nun einmal so im Gesetz, und man muss sicher nicht überrascht sein, wenn morgen möglicherweise keine neuen Erkenntnisse vonseiten der Opposition kommen.

Aber es besteht immerhin die Möglichkeit, bis morgen vonseiten der Landesregierung oder regierungstragenden Fraktionen das – ich sage mal – Ei des Kolumbus hier vorne zu präsentieren. Das wird aber wahrscheinlich ebenso wenig geschehen.

Von daher bleibt es dabei, dass nicht nur der Haushalt 2014, sondern auch der Entwurf 2015 relativ kraftlos und zudem nicht geeignet sind, NRW als zukunftsfähig zu ertüchtigen. Vielmehr ist es nach wie vor so, dass der Nachtragshaushalt, über den wir beraten, im Prinzip ein bestes Beispiel dafür ist, wie man an Symptomen herumdoktert.

Der Landeshaushalt bröckelt weiter, und das wird durch den Nachtragshaushalt auch eindeutig dokumentiert. Ich möchte einige Fakten herausnehmen.

Natürlich sind Mehrausgaben zu tätigen, die sich im Laufe des Jahres 2014 ergeben haben. Zu erwähnen wären hier die Personalausgaben, ebenso der Hilfsfonds im Zusammenhang mit dem Orkan „Ela“.

Auch im Zusammenhang mit der Ersatzschulfinanzierung müssen Mehrausgaben getätigt werden,

was allerdings wiederum mit der Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2014 zu tun hat.

Es gibt auch Mehrausgaben bei Kofinanzierungsmitteln für die Städtebauförderung. All das ist richtig.

Nur: Bedarf es tatsächlich einer Erhöhung der Nettoneuverschuldung um 800 Millionen € auf 3,2 Milliarden €, über die wir jetzt beraten, bevor wir über die Veränderung der Beamtenbesoldung sprechen? Ich finde es nicht in Ordnung – vielleicht ist das ein Opfer der Regulierung der Tagesordnung –, dass die Beamtenbesoldung, die ein wesentlicher Kostenfaktor im Nachtragshaushalt ist, erst nach der Beratung über den Nachtragshaushalt zur Sprache kommt. Möglicherweise ist da aber irgendwie ...

(Christof Rasche [FDP]: Im Einvernehmen mit den Piraten!)

– Ich bin davon überzeugt, dass das im Einvernehmen erfolgte, Herr Rasche.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist Ihnen aber egal!)

Aber es ändert nichts daran: Ich persönlich hätte es besser gefunden, wenn die Faktoren, die zum Nachtragshaushalt führen, vorher beraten worden wären. Sei es drum!

Sowohl dem Nachtragshaushalt als auch dem Haushalt fehlen intelligente Ansätze zur Konsolidierung der Landesfinanzen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Die kommen jetzt!)

– Wenn die kommen, ist das super.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ne, von Ihnen!)

Der Nachtragshaushalt hilft da nicht ab. Er ist und bleibt ein Notnagel, der die verfehlte Haushaltspolitik des Landes erst recht als eine Politik von Versuch und Irrtum zeitigt. Das Ergebnis war eine Haushaltssperre infolge des Urteils des Verfassungsgerichtshofs in Münster, welches ebenfalls nicht hätte sein müssen, wenn die Landesregierung und auch die sie tragenden Fraktionen im Rahmen der Anhörung am 18. Juni 2013 auf die 20 Sachverständigen gehört hätten.

600 Millionen € zusätzlicher Konsolidierungsbedarf ab 2015 wird durch die erhöhte Nettoneuverschuldung ausgewiesen, um am Ende dem verfassungsmäßigen Petition der Schuldenbremse gerecht werden zu können. Hier wird ja immer nach vorne getragen, die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen würden das erreichen. Nach allen Berechnungen wird das nicht möglich sein.

Herr Finanzminister, 2014 wollten Sie 700 Millionen € einsparen, und zwar bei den Beamten. Das ist schiefgegangen. Dann muss man wirklich einmal sagen: Wäre Finanzpolitik in NRW – da beziehe ich die Steuerschätzung durchaus ein, die natürlich

nicht immer valide sein kann, sondern durchaus variabel ist, aber man muss sich den Nachtragshaushalt in Verbindung mit dem Haushalt 2014 ansehen – spekulationssteuerpflichtig, könnten wir uns den Nachtragshaushalt möglicherweise ersparen. Dann würden wir auch weitere Sparbemühungen in den nächsten Jahren möglicherweise nicht auf Kosten der notwendigen und wichtigen Investitionen im Lande Nordrhein-Westfalen bewerkstelligen. Im Moment sehe ich da jedenfalls schwarz.

Unter Berücksichtigung aller genannten Umstände habe ich meiner Fraktion jedenfalls empfohlen, den Nachtragshaushalt abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Für die Landesregierung spricht der Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Besonders auch meine Damen und Herren auf der Zuschauertribüne,

(Minister Michael Groschek: Und im Stream!)

die Sie zumindest die Hälfte des Auditoriums hier ausmachen! An Sie hat sich wahrscheinlich auch das Meiste gerichtet, was bisher vonseiten der Opposition gesagt worden ist. Das hört sich immer sehr schön an. Die Opposition argumentiert gerne mit der schwäbischen Hausfrau, die ja nicht mehr ausgibt, als sie einnimmt. Dass die schwäbische Hausfrau mehr als alle anderen Hausfrauen in einer Familie lebt, die ein Eigenheim hat, dieses Eigenheim im Regelfall aber über den Kredit einer Bausparkasse bezahlt wird, die eine schwäbische Erfindung ist, das alles wird schön unter den Tisch gekehrt.

(Beifall von Marc Herter [SPD])

Natürlich gibt es die Verschuldung, gibt es die Kredite, die aufgenommen werden, damit etwas mehrere Jahre genutzt werden kann. Aber sie müssen – das ist richtig – auch getilgt werden. Da liegt der Hase im Pfeffer und nicht bei dem, was hier ständig vorgegaukelt wird.

Herr Optendrenk von der CDU-Fraktion erzählt hier etwas von der Interpretation von Zahlen, wie sie einem gerade gefallen. – Ich bin dem Kollegen Mostofizadeh dankbar, dass er schon mal festgestellt hat, dass das keinen Inhalt hatte. Ich muss ehrlich sagen: Es war ein absurder Inhalt. Das ist das Schlimme daran. Es war nicht nur nichts. Wenn es nichts gewesen wäre, wäre es schon gut gewesen.

(Zuruf von der CDU. Dann kommt der Finanzminister!)

Herr Optendrenk, Sie erklären, dass in der mittelfristigen Finanzplanung der Regierung, unter der Sie noch Büroleiter des Finanzministers waren, 6,5 Milliarden € standen, dass die Steuern seither um 7 Milliarden € zugenommen haben und dass 6,5 minus 7 nicht drei sein kann. Mit anderen Worten: Sie wollen unterstellen, Sie hätten die Schulden abgebaut. – Würden Sie dann auch zugestehen, dass nach Ihrer Annahme die Besoldungsanpassung über alle Jahre bei null hätte liegen müssen,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

dass alle zusätzlich entstandenen Kosten nicht hätten eintreten dürfen oder dass Sie dafür entsprechend Stellen hätten abbauen müssen? Ist seit 2010 nichts passiert, was die Ausgabenseite angeht? Haben Sie nicht auch mit 4 Milliarden € mehr Steuereinnahmen bis 2013 gerechnet? Was ist denn das für eine Rechnung, die Sie den Leuten hier – auch auf der Tribüne – vorzugaukeln versuchen? Das ist Irreführung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dann erzählt uns Herr Witzel einen von den Sanktionen, die verhängt werden müssen. Ich finde es schön, dass Sie das im Einklang mit dem sächsischen Finanzminister tun; darüber haben wir schon oft genug gesprochen.

Nordrhein-Westfalen – auch das wird den meisten Menschen, die Zeitung lesen oder sich das hier anhören, vorenthalten, jedenfalls von der Opposition – liegt mit seinem Ausgabenniveau unter dem der 15 anderen Länder. Wenn wir nicht 5,6 Milliarden € weniger, sondern mehr ausgeben würden als bisher, dann hätten wir gerade mal den Durchschnitt der anderen westdeutschen Flächenländer erreicht. Wenn wir 15 Milliarden € mehr ausgeben würden – wir reden im Moment über einen Haushalt von ungefähr 63 Milliarden € – dann wären das 78 Milliarden €. Wir lägen dann gerade mal bei den durchschnittlichen Ausgaben der ostdeutschen Flächenländer. So viel mehr geben alle anderen aus, und sie sind, was die Steuereinnahmen angeht, schwächer als Nordrhein-Westfalen.

Dann muss man sich doch fragen: Wie kann es sein, dass jemand, der die niedrigsten Ausgaben und passable, mindestens durchschnittliche Einnahmen hat, Kredite aufnehmen muss, während die anderen einen ausgeglichenen Haushalt haben?

Sie haben die Mehrausgaben ausgeglichen, weil die anderen Länder für sie mitbezahlen, unter anderem Nordrhein-Westfalen, und weil der Bund diese Länder zusätzlich auch noch alimentiert.

Da erwarte ich von der Opposition, dass sie mit uns gemeinsam vorgeht und sagt: So kann das nicht bleiben!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es wird versucht, alles, was wir hier auszumachen und zu beschließen haben, zu vermischen und auf eine Ebene zu heben. Da wird von Sanktionen gesprochen. Oder Herr Witzel sagt: Es kann nicht vom Normalfall ausgegangen werden. – Doch! Die Schuldenbremse hat im Grundgesetz genau den Normalfall als Nullverschuldung. Wenn es nämlich kein Normalfall ist, dann hat sie auch eine Abweichungsmöglichkeit, die dann allerdings auch wieder aufgearbeitet werden muss. Sie geht eben nicht davon aus, dass Sie eigentlich tilgen müssen, damit Sie im schlimmsten Fall bei null auskommen.

Die Null an sich – es tut mir leid, auch die schwarzen Nullen sind da nicht besser – ist nicht die Lösung des Problems. Dieses Land muss in der Lage sein, auch Ausgaben zu tätigen, zu investieren.

Präsidentin Carina Gödecke: Ihre Redezeit.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Wir – Mike Groschek, Garrelt Duin und ich – haben in der vergangenen Woche mit Vorständen aus Unternehmen zusammengesessen. Die haben gefragt: Wie kann es sein, dass man die Prioritätenliste so auf den Kopf stellt und von Nullen redet, die man erreichen will, und dabei vergisst, dass die Infrastruktur, dass die Bildung Geld kosten und dass dafür investiert werden muss, wenn man nicht die zukünftigen Generationen belasten will?

Wer sich dem entzieht, der versündigt sich doch mindestens so an der zukünftigen Generation wie der, der mit der Null hantiert und seine Spielchen betreibt. Das ist nicht einmal die Voraussetzung der im Grundgesetz festgeschriebenen Schuldenbremse.

Wir nehmen mit diesem Haushalt eine Korrektur aufgrund einer veränderten Steuereinnahmesituation vor. Ich sage Ihnen. Das ist auf einer seriösen Grundlage geschehen. Das werden wir auch mit dem Abschluss dieses Haushalts zeigen.

Auf dieser Grundlage sind wir weiter dabei, die Neuverschuldung abzubauen. Wir werden sie im Jahr 2015 – selbst mit dem angehobenen Betrag – auf eine Ebene bringen, die gemessen in Prozenten am Haushaltsvolumen die niedrigste ist, die wir jedenfalls seit 1975 haben.

Das ist der Haushalt, den wir vorlegen und für den wir um Zustimmung bitten. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Finanzminister. Bitte bleiben Sie gleich hier, weil es zwei Mal den Wunsch nach einer Kurzintervention gegeben hat, der natürlich auch erfüllt wird. Die erste Kurzintervention hält Herr Witzel und die zweite Herr Dr. Optendrenk.

Ralf Witzel (FDP): Herr Finanzminister Dr. Walter-Borjans, Sie fordern hier eine faire Bewertung ein. Wir sind unterschiedlicher Auffassung, ob das Land heute schon so effektiv wirtschaftet oder nicht.

Genau deshalb möchte ich Sie auf zwei Aspekte ansprechen, die Sie in der Debatte nämlich gerne vergessen. Das sind einerseits der Kommunalisierungsgrad, was die Aufgabenwahrnehmung angeht, und zum anderen der Länderfinanzausgleich. Selbstverständlich haben die Kommunen in Nordrhein-Westfalen – das ist politisch von allen gewollt – sehr viel mehr Aufgaben als in anderen Bundesländern. Dadurch sind natürlich die beim Land verbleibenden Verwaltungsausgaben pro Kopf insbesondere auch bei dem Größeneffekt, mit dem wir es hier zu tun haben, geringer als in kleineren Bundesländern mit einem geringeren Kommunalisierungsgrad.

Dasselbe stellen Sie auch bei dem Länderfinanzausgleich fest. Sie tragen gerne vor, dass NRW nach Steuerkraft auf Platz 5 steht und auf Platz 16 abrutscht. Das RWI hat ja gerade in seinen Berechnungen dargestellt, dass es in Wahrheit Platz 7 oder 8 ist, wenn man die kommunale Finanzausstattung einbezieht.

Genauso wie Sie sich darauf verlassen können – das haben wir Ihnen auch immer zugesichert –, dass wir, wenn Nordrhein-Westfalen benachteiligt wird, als Opposition Landesinteressen mit wahrnehmen, müssen Sie sich schon dieser Debatte stellen.

Wie sehen Ihre Argumente aus, wenn hier auch die Kommunalfinzen einbezogen werden?

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank. – Herr Finanzminister.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Lieber Herr Witzel, wenn Sie das ernst meinen, dann müssen Sie die Diskussion darüber führen, ob wir an der falschen Stelle sparen. Denn es ändert sich nichts. Die Ausgaben des Landeshaushalts pro Kopf der Bevölkerung sind die niedrigsten unter allen 16 Ländern. Von daher müssten Sie sagen: Das liegt daran, dass du an der falschen Stelle sparst, du sparst ja bei den Kommunen.

Dann entgegne ich Ihnen zunächst: Was haben Sie denn gemacht und was haben wir seither für die Kommunen getan? – Punkt eins.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Punkt zwei: Weil die Kommunen so viele Aufgaben haben – was wir alle, wie Sie selbst einräumen, gemeinsam richtig finden –, gehen über 20 Milliarden € aus diesen Ausgaben des Landes an die Kommunen. Das heißt, in den Ausgaben pro Kopf sind auch Ausgaben der Kommunen für die Aufgaben, die sie übernehmen, enthalten.

Drittens. Die ostdeutschen Länder haben kaum Pensionslasten. Warum? – Das ist keine Leistung, die sie erbracht haben. Warum nicht? Es gab bei ihnen vor 1990 keine Beamten. Das sind bei uns 6,5 Milliarden €, ein Zehntel des gesamten Haushalts. Dann müssen Sie das auch berücksichtigen.

Viertens. Die neuen Bundesländer haben auch einen niedrigeren Zinsaufwand. Warum? – Weil sie mit unseren Mitteln dafür sorgen können, dass sie unter anderem keine Kredite aufnehmen müssen.

Wenn wir das alles zusammenzählen, können wir uns dieser Debatte gerne stellen.

Im Übrigen: Wir haben gar nichts dagegen, wenn Sie die Kommunen mit in die Berechnung nehmen. Wir haben nichts dagegen, auch nicht bei der Berechnung des Länderfinanzausgleichs. Das wird bei uns nicht zu großen Unterschieden führen. Es sind gerade die ostdeutschen Länder, die dann sagen: ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Zeit!

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: ... Das wollen wir, weil wir arme Kommunen haben. Und die reichen Länder im Süden sagen: Das wollen wir nicht. – Wir können damit leben.

Auch eine andere Zahl ist vielleicht noch ganz interessant. Wie ich gerade sagte, haben wir die niedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben aller Länder. Wir haben den zweitniedrigsten Stellenbestand aller Länder pro Kopf, im Übrigen mit und ohne Kommunen.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit!

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Wenn Sie dann argumentieren, das würde nicht reichen, wir hätten ein Ausgabenproblem, wir gäben an bestimmten Stellen zu wenig aus, nämlich offenbar für die Kommunen: Wo geben wir dann zu viel aus? Das hätte ich gerne gewusst. Ich kann nur sagen: Jeder, der da oben auf der Tribüne sitzt, weiß, wenn man die niedrigsten Ausgaben hat ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Zeit!

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: ... und das ein Ausgabenproblem ist, dann müssen 16 Länder insgesamt ein Riesenausgabenproblem haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank. – Herr Kollege Dr. Optendrenk, ich kann Ihnen jetzt das Mikrofon freischaftern.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herzlichen Dank. – Ich wollte Sie, Herr Minister, direkt an diesem Punkt noch einmal ansprechen, weil Sie an der Stelle immer die Solidarität der Opposition einfordern. Da bitte ich aber auch, dass wir uns über die Datenbasis einmal konkreter verständigen.

Tatsache ist, dass wir im Jahr 2013, wenn man Ihrer Berechnung folgt, netto 1,3 Milliarden € in alle Ausgleichssysteme eingezahlt haben, davon gut 2,3 Milliarden € an Umsatzsteuervorwegabzug – so wie Sie das immer darstellen. Damit bin ich im Grundsatz zunächst einverstanden.

Allerdings lassen Sie bei der Frage, wer denn welche Lasten trägt, immer schön weg, dass wir 1995 bei der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs bei der Einbeziehung der neuen Länder sieben Umsatzsteuerpunkte vom Bund bekommen haben. Das sind alleine 2,6 Milliarden € für das Jahr 2013, die Nordrhein-Westfalen mehr bekommt als vor 1995. Wenn Sie da wieder rechnen – auch das wird nicht so ganz schwerfallen – ...

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie machen das Spiel der Bundesregierung! – Weitere Zurufe)

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Optendrenk hat das Wort. Sie können ihm nicht die Zeit der Kurzintervention dadurch einschränken, dass Sie quer durch den Raum reden. Herr Dr. Optendrenk, Sie bekommen die Redezeit natürlich zusätzlich. – Bitte schön.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Es kommt schon darauf an, dass wir auf einer fairen Datenbasis arbeiten. Um 2,6 Milliarden € sind wir 2013 wegen der Einbeziehung der neuen Länder durch den Bund entlastet worden. Wenn wir sagen, wir sind gefühlt immer noch Geberland, sollten wir uns darauf verständigen, dass das eine schwierige Rechnung ist.

Ich habe Ihnen eben schon einmal gesagt, bei anderen konkreten Punkten wie zum Beispiel den Regionalisierungsmitteln ist es völlig eindeutig.

Aber Sie betreiben genau das Spielchen, das Sie anderen vorwerfen. Dass wir mitziehen, können Sie von uns nur erwarten, wenn Sie alle Daten einbeziehen, die das Verhältnis zwischen den Ländern und das Verhältnis zwischen Bund und Ländern betreffen. Ansonsten werden wir alle miteinander von außen ausgezählt. Daran haben wir kein Interesse.

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Herr Finanzminister, bevor ich Ihnen für die Antwort das Wort erteile, will ich Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie Ihren ersten regulären Redebeitrag und die Antwort auf die erste Kurzintervention jeweils um eine Minute überzogen

haben. Ich möchte, dass Sie das wissen. Diese Redezeit stelle ich den Fraktionen gleich auch noch einmal zur Verfügung, weil wir in der Haushaltsplanberatung sind. – Bitte schön.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Dr. Optendrenk, die Aussage zu den sieben Umsatzsteuerpunkten ist ein Déjà-vu für mich. Diese Runde machen wir jedes Mal, wenn wir mit Wolfgang Schäuble an einem Tisch sitzen. Das Schöne ist, er verkauft sie mindestens zwei Mal.

Die sieben Umsatzsteuerpunkte werden als erstes als Begründung dafür herangezogen, dass der Bund den Soli behalten darf. Das haben Sie damit schon einmal ausgeschlossen; denn man kann sieben Punkte nicht einmal so und einmal so verteilen. Als Zweites erklärt er, die sieben Umsatzsteuerpunkte dienen dazu, die anderen aus der Umsatzsteuer fördern zu können. Diese doppelte Argumentation habe ich ihm letztens genauso vorgehalten.

Dann allerdings sollten wir es rückgängig machen. Denn wenn es diesen Zusammenhang gäbe und wir, wie Sie sagen, 2,6 Milliarden € bekommen und 2,4 Milliarden € bezahlen müssen, wird uns ungefähr das, was uns gegeben worden ist, voll entzogen, um es den anderen Ländern zuzuleiten. Ich möchte die anderen Länder einmal sehen, wenn der Bund die sieben Punkte zurücknimmt, wir bei plus/minus null auskämen und der ganze Rest bei den ostdeutschen Ländern und den finanzschwachen Ländern fehlen würde. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist wirklich genau das, was schief läuft und wo ich die Solidarität erwarte. Es wird so getan, als wäre uns etwas gegeben worden, was einigen Ländern vollständig wieder abgeknüpft und anderen gegeben wird. Von denen sagen Sie: Seht einmal, das sind diejenigen, die den Haushalt ausgleichen. – Ich bin für eine gemeinsame Zahlenbasis, aber nicht für diese Rechenkunststücke, die Sie die ganze Zeit anzuwenden versuchen.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Finanzminister. Es ist diesmal fast eine Punktlandung. – Alle Fraktionen bekommen 1:30 Minuten Redezeit zusätzlich, wenn sie möchten. – Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Kollegen Mostofizadeh von Bündnis 90/Die Grünen.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ziemlich erzürnt über das, was Herr Dr. Optendrenk eben getan hat. Herr Dr. Optendrenk hat – das hat der Finanzminister richtig dargestellt – das Geschäft des Bundesfinanzministers gemacht und die Positi-

on der Länder im Landtag noch einmal verschlechtert.

Ich könnte Ihnen noch einige Modellrechnungen bringen. Sie kennen die mindestens genauso gut wie ich. Wir streiten uns im Moment darüber, dass uns der Bund um 5 Milliarden € bei der Eingliederungshilfe und um diese sieben Umsatzsteuerpunkte über den Tisch ziehen will und dass er auch noch die Länder untereinander bei der Frage der Übertragung der KdU und der Eingliederungshilfe ausspielen will. Das Sie sich dann auf die Seite des Bundesfinanzministers stellen, ist unabhängig von der Frage, welches Trikot wir hier im Landtag anhaben, ungeheuerlich, lieber Kollege.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich bin in dieser Frage bestimmt kein Kind von Traurigkeit. Normalerweise hätte ich es beim Zwischenruf belassen. Aber das geht so nicht. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wenn Sie dieses Land ernsthaft nach vorne bringen wollen, dann müssen Sie für die Interessen der Länder kämpfen und nicht die Politik des Bundesfinanzministers im Landtag zulasten unseres Landes vortragen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Es gibt eine weitere Wortmeldung für die CDU-Fraktion. Herr Dr. Optendrenk!

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon wenn man versucht, sich einen vollständigen Überblick über die Zahlen zu verschaffen und die Zahlen zu befragen, bekommt man den Vorwurf, man mache das Geschäft anderer. Ich finde das schon erstaunlich.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Weitere Zurufe)

Wenn es richtig ist, was der Kollege Mostofizadeh eben gesagt hat, dann fühlt er sich offensichtlich ertappt. Wenn er sich nicht dabei ertappt fühlte, dass die Zahlen, die die Regierung dem Parlament bisher vorgelegt hat, nicht vollständig sind, dann würde er sich hier nicht permanent so aufführen.

(Unruhe)

Herr Minister, wir haben Ihnen das hier im Plenum gesagt. Wir haben es im Ausschuss gesagt. Ich wiederhole es noch einmal:

(Unruhe)

Wir wollen auf der Basis klarer vollständiger Zahlen gerne an allen Stellen, wo es redlicherweise im Interesse des Landes ist, gemeinsam mit Ihnen für die Bürgerinnen und Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen daran mitarbeiten und dafür kämpfen. Aber wir sind nicht die Erfüllungsgehilfen von Zahlentricksern und Kommunikationstheoretikern.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Das geht nicht.

(Zuruf)

Herr Mostofizadeh, deshalb bitte ich Sie herzlich, noch einmal zu überlegen, ob Sie solche Vorwürfe wirklich in den Raum stellen.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Für die FDP-Fraktion hat sich Herr Kollege Witzel noch einmal gemeldet.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist gerade viel über interessengeleitete Politik gesprochen worden. Ich stehe nicht im Verdacht, alles zu verteidigen, was Herr Schäuble macht. Aber ein Mechanismus ist auffällig.

Wenn wir uns über unterschiedliche Philosophien zwischen den Fraktionen im Umgang mit dem Haushalt unterhalten, gibt es welche, die man auf der rot-grünen Seite findet und die in dem Ruf gipfeln: Der Bund muss mehr bezahlen. Immer, wenn es gute Argumente dafür gibt, auch einmal Belastungen für die Bürger auf Bundesebene abzubauen, zum Beispiel bei der kalten Progression oder im Zusammenhang mit dem Soli, rufen Sie: Das Geld können wir gebrauchen, gebt es doch uns! Wir als Länder stecken es uns ein!

Denn das ist die gleiche Philosophie, die Sie auch praktizieren. Sie haben ja gerade die Verdoppelung der Grunderwerbsteuer vor, zu der wir gleich noch kommen. Das ist immer Ihre Haltung: Wenn etwas, was befristet war – irgendwann gab es für irgendeine Steuer oder Abgabe einen Sachgrund –, ausläuft, wollen Sie es sich nachher zum Vorteil der Länderfinanzen einstecken. Das führt zur Mehrbelastung von Unternehmen und Bürgern, und das ist nicht in Ordnung.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Witzel. – Weitere Wortmeldungen sind nicht angezeigt. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in der zweiten von drei Lesungen. Dabei handelt es sich um eine zusammenfassende Einzelabstimmung am Ende der zweiten Lesung und noch nicht um die Schlussabstimmung.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7180, den Gesetzentwurf Drucksache 16/6700 unverändert anzunehmen. Da kein Antrag auf Einzelabstimmung gestellt wurde, kann die Abstimmung über alle Einzelbestimmungen ein-

schließlich Einleitung und Überschrift gemeinsam erfolgen. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfs gemäß der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und die Piratenfraktion. Der fraktionslose Abgeordnete Stein ist nicht anwesend. Wer möchte sich enthalten? – Niemand. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 16/6700** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis in zweiter Lesung unverändert **angenommen**.

Die dritte Lesung ist für morgen, Donnerstag, 6. November, als Tagesordnungspunkt 14 vorgesehen.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt 5 aufrufe, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich Sie darüber informieren, dass sich die Parlamentarische Geschäftsführerin und Parlamentarischen Geschäftsführer zwischenzeitlich darauf verständigt haben, dass der **Freitag als Plenartag ausfällt** und die **Tagesordnungspunkte** von Freitag entweder **auf das Dezember-Plenum** – ein anderes Beratungsverfahren ist verabredet worden – **oder auf den morgigen Tag verlagert** werden. Ich werde gleich im Detail etwas dazu sagen.

Das heißt, der heutige Tag läuft so ab, wie er Ihnen bekannt ist und in der aktuellen Tagesordnung vorliegt – ohne Änderung.

Im Netz befindet sich bereits die geänderte Tagesordnung für morgen. Sie wird auch gleich verteilt oder ist schon verteilt.

Das heißt, wir haben die ursprünglichen Tagesordnungspunkte 2, 3 und 6 von Freitag – TOP 2 „Bedarfsgerechte Finanzierung des SPNV sicherstellen“, TOP 3 „Stichwort: Eikonol“ und TOP 6 „NRW dankt den Kirchen“ – auf Dezember verschoben.

Neu in die Tagesordnung aufgenommen wird am morgigen Tag ein Tagesordnungspunkt 17 „Verfassungsrechtliche Prüfung“. Hierzu erwarten wir noch eine Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses, der morgen vor dem Plenum in einer Sondersitzung tagt. Das ist dem Ausschuss und der Parlamentarischen Geschäftsführerin und den Parlamentarischen Geschäftsführern bekannt.

Die Tagesordnung für den morgigen Donnerstag ändert sich insofern, als die Tagesordnungspunkte untereinander ein wenig verschoben worden sind:

Auf jeden Fall werden wir vor Eintritt in die Tagesordnung meine Erklärung aus Anlass des Mauerfalls in Berlin am 9. November hören, die ursprünglich für Freitag vorgesehen war.

Unter TOP 3 wird der Antrag der Fraktion der CDU „25 Jahre nach dem Fall der Mauer“ debattiert.

TOP 16 „Novellierung statt Evaluierung“, Antrag der Fraktion der CDU, TOP 18 „Den Rohstoff Braunkoh-

le auch über das Jahr 2030 hinaus anerkennen“, Antrag der Fraktion der CDU, und TOP 19 „Gut lesbare Handschrift der Kinder am Ende der Grundschulzeit sicherstellen“ werden in die Tagesordnung aufgenommen. Die beiden letzten Punkte werden ohne Debatte im Plenum behandelt, damit sie zur abschließenden Beratung ins Plenum zurückkommen können.

Diese Änderungen sind, wie gesagt, bereits im Netz nachlesbar und werden verteilt. Ich frage formal, ob jemand dieser Änderung der Tagesordnung für den morgigen Tag während der laufenden Sitzung widersprechen möchte. – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann haben wir das formal korrekt gehandhabt.

Ich rufe auf:

5 Gesetz zur Änderung des Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2013/2014 Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6688

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/7179

zweite Lesung

Ich eröffne die Aussprache. Als erste Rednerin hat für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Gebhard das Wort.

Heike Gebhard (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es gilt heute, die Anpassung der Besoldung für Beamtinnen und Beamten der Kommunen und des Landes Nordrhein-Westfalens für die Jahre 2013 und 2014 abschließend zu beraten. Dabei ist die Ausgangslage im Vergleich zum Sommer 2013 eine völlig andere.

Erinnern wir uns: Seinerzeit argumentierten Kritiker des Besoldungsanpassungsgesetzes, dieses Gesetz sei bereits deshalb verfassungswidrig, weil unzureichend begründet.

Das Urteil des Verfassungsgerichtshofs des Landes Nordrhein-Westfalen vom 1. Juli 2014 hat diesbezüglich für einige Klarstellungen gesorgt. Das Verfassungsgericht hat sehr wohl unterschieden zwischen der Begründung der Landesregierung einerseits und der des Gesetzgebers, also des Parlaments, andererseits. Da wir eine Änderung der Begründung bei nichtmateriellen Änderungen des Gesetzes selbst nicht vornehmen können, haben wir seinerzeit unsere Begründung im Entschließungsantrag Drucksache 16/3518 niedergelegt. Die darin enthaltenen Erkenntnisse, die wir bei unseren inten-